

Offener Brief von Mieter-Initiativen, Mieterräten und – beiräten und Mieter:innen an Partei- und Fraktionsvorstand der SPD Berlin

Nach dem Hearing des „Initiativenforum Stadtprojekte“ zur Novellierung des Wohnraumversorgungsgesetzes (WoVG) wenden sich die unterzeichnenden Mieterräte und -beiräte und stadtpolitischen Initiativen an die Berliner sozialdemokratische Partei und Fraktion mit der Forderung, dass die Blockade einer verstärkten Mieterbeteiligung in den landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) beendet wird und noch in dieser Wahlperiode der vorliegende Referentenentwurf im Abgeordnetenhaus behandelt wird.

Thema des Hearings am 10. Juni 2021, in dem Mieten-Initiativen, Mieterbeiräte, die für Wohnungspolitik zuständigen Abgeordneten der Koalition und Vertreter:innen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW) ihre Positionen austauschten, war die WoVG-Novellierung und die dazu vorliegenden Vorschläge zur Stärkung der Mieterbeteiligung in den LWU. Im derzeit geltenden und von der damaligen großen Koalition beschlossenen WoVG steht dazu nur der lapidare Satz:

„Neben den Mieterräten können gebietsbezogene Mieterbeiräte eingerichtet werden.“

Angesichts solcher Leerformeln entwarfen aktive Mieterräte und -beiräte in einer von der Wohnraumversorgung Berlin AÖR (WVB) initiierten Arbeitsgruppe einen Gesetzentwurf, der für die Mieterräte und -beiräte Mitbestimmungsrechte vorsah. Neben einem Vorschlag aus der Linksfraktion, der auch die wesentlichen im Gesetzentwurf formulierten Rechte enthält und den auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützte, legte die fachlich zuständige Senatsverwaltung für Wohnen und Stadtentwicklung (SenSW) einen am Entwurf der Arbeitsgruppe angelehnten Referentenentwurf vor.

Die Unterzeichner:innen sind extrem erstaunt darüber, dass die SPD, vertreten durch ihre wohnungspolitische Sprecherin Iris Spranger, *alle präsentierten Vorschläge, auch Kompromissregelungen, ablehnt*. Unter Verweis auf eine den Anwesenden unbekannt juristische Stellungnahme wurden grundsätzliche juristische Bedenken vorgebracht, Mitbestimmung in öffentlichen Wohnungsunternehmen schränken unzulässig die unternehmerische Freiheit der LWU als Kapitalgesellschaften ein. An Frau Sprangers Bewertung ändert auch die abgespeckte SenSW-Vorlage des Referentenentwurfs nichts, in dem der Begriff Mitbestimmung durch Mitwirkung ersetzt wird.

Beerdigung erster Klasse

Die Argumentation von Frau Spranger verstärkt bei uns den Eindruck, dass sich die SPD mit fadenscheinigen Argumenten *einem Ausbau der Mieter-Beteiligung verweigert*. Sie vertritt damit die Interessen der LWU, die sich immer schon einer qualitativen Stärkung der Mieter-Beteiligung widersetzt haben. Die SPD verlangt nun eine Gesetzesvorlage durch den Senat -wohl hoffend, dass durch die dann notwendige Mitzeichnung anderer Häuser die Gesetzesnovelle entweder blockiert oder in der laufenden Legislatur zeitlich scheitert. Die an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs beteiligte „Initiativgruppe Berliner Mieterbeiräte“ bringt in ihrer Stellungnahme das Fazit auf den Punkt:

„Im Auftreten von Frau Spranger konnten wir den Eindruck gewinnen, die Politik ... unternimmt den Versuch, die seit Jahren konstruktiv und verantwortungsvoll tätigen ehrenamtlichen Mieterbeiräte zu gängeln und ihnen einen lange fälligen rechtlichen Status vorenthalten zu wollen. Es entsteht der Eindruck, dass die Mieterbeiräte neben der Organisation von Hoffesten, der Gestaltung des Hinterhofs und der Sammlung von Verbesserungsvorschlägen für den Kiez, das Haus oder den Wohnblock eher darin ihre Aufgabe sehen sollen, als nützliche Vorortkräfte zu wirken, die den Unmut der Mieterschaft zu Unternehmensentscheidungen abfangen, die legitime Mieterinteressen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigen. Dafür werden Mieterbeiräte nicht zur Verfügung stehen.“

Wir legen der Berliner Sozialdemokratie nahe, ihren Blockadekurs sofort zu beenden und sich nicht gegen eine immer breiter werdende Bewegung für mehr Mieterbeteiligung in Berlin zu stellen.

Initiativgruppe Berliner Mieterbeiräte (IniGr BMBR), kommunal & selbstverwaltet wohnen (kuswo), Kotti & Co, AG Gesetz Mietenvolksentscheid, Mieterbeirat Degewo Spandau, Mieterinitiative Mehringplatz West - Es reicht -